

Studie: Bundeshaushalt spart durch Biokraftstoffe bis zu 10,2 Milliarden Euro

[Berlin](#) (agrar-PR) - Biokraftstoffe sparen dem Bundeshaushalt bis 2030 Ausgaben von bis zu 10,2 Milliarden Euro. Diese Summe teilt sich auf in 4,4 Milliarden Euro, die Biokraftstoffe aus Altspesiefetten, Abfall- und Reststoffen einsparen und 5,8 Milliarden Euro, die herkömmlicher Biodiesel und Bioethanol aus Anbaubiomasse einbringen. Die alternativen Kraftstoffe verringern Aufwendungen die entstehen, weil Deutschland seine Klimaschutzziele verfehlt.

Nach der europäischen „Effort Sharing Regulation“ (ESR, deutsch „Lastenteilung“ genannt) muss Deutschland den Treibhausgasausstoß in den Bereichen Verkehr, Gebäude, Land- und Abfallwirtschaft von 2021 bis 2030 um 38 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 senken. Wird diese Reduktion nicht erreicht, muss die Bundesregierung Emissionsrechte bei anderen EU-Mitgliedsstaaten kaufen, die ihre eigenen Verpflichtungen übererfüllen. Wenn es Deutschland nicht gelingt, die Emissionen vor allem im Verkehrssektor nicht deutlich zu senken, ist abzusehen, dass in Deutschland die Emissionsminderungen im ESR bis 2030 nicht werden können. Dann ist mit Zukäufen von Verschmutzungsrechten in Höhe von bis zu 60 Milliarden Euro zu rechnen. Entsprechend wirkt jede Maßnahme kostensenkend, die den Treibhausgasausstoß in den genannten Bereichen verringert. Bei einem als realistisch geltenden Anteil von etwa sieben Prozent am Kraftstoffmarkt im Jahr 2030 sparen Biokraftstoffe 102,7 Mio. t CO₂ ein, so dass weniger Emissionsrechte von anderen EU-Mitgliedsstaaten gekauft werden müssen. Biodiesel und Bioethanol aus nachhaltiger Anbaubiomasse führen damit zu einer Aufwandsersparnis von 5,8 Milliarden Euro, während Biokraftstoffe aus Altspese- und tierischen Fetten sowie fortschrittliche Biokraftstoffe aus Abfall- und Reststoffen zu einer Kostenminderung von 4,4 Milliarden Euro bis 2030 führen. Dies ist das Ergebnis einer neuen Studie von DIW Econ, dem Beratungsunternehmen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die heute veröffentlicht wurde.

„Nachhaltig hergestellte Biokraftstoffe können durch die bedeutende Minderung des Treibhausgasausstoßes im Verkehr einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Belastungen des Bundeshaushalts zu reduzieren. Der Einsatz von Biodiesel und Bioethanol ist zwar durch das Rohstoffangebot begrenzt, aber von erheblicher Bedeutung für die Dekarbonisierung im Straßenverkehr. Deutschland benötigt dringend eine nachhaltige Verkehrswende mit vielen Maßnahmen zur Emissionsenkung. Biokraftstoffe als ein wichtiger Beitrag zur Verkehrswende tragen nicht nur zur Verbesserung der Emissionsbilanz bei, sondern können auch die finanziellen Belastungen durch unterlassenen Klimaschutz im Verkehrssektor senken“, sagte die Studienleiterin Prof. Dr. Claudia Kemfert vom DIW.

Während der Emissionshandel die Wirtschaftsteilnehmer adressiert, verpflichtet die ESR die EU-Mitgliedsstaaten. Die Zahlungsverpflichtungen für Zielverfehlungen könnten die Etats der jeweils zuständigen Bundesministerien belasten. „Die Höhe der Zahlungen aus dem Bundeshaushalt ist abhängig vom Preis der Emissionsrechte und vom Grad der Zielverfehlung. Es zeigt sich einmal mehr, dass sich Klimaschutzmaßnahmen wie der verantwortliche Einsatz von Biokraftstoffen lohnen, indem sie hohe volkswirtschaftliche Kosten vermeiden“, sagte Kemfert.

Die verpflichtenden Vorgaben der europäischen ESR spiegeln sich im deutschen Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung wider. Er formuliert für verschiedene Sektoren Ziele für Treibhausgasreduzierung und Nutzung erneuerbarer Energien im Jahr 2030. Im Verkehr muss gemäß Klimaschutzplan neben einem Ausbau der Elektromobilität auf 6 Millionen Fahrzeuge der Anteil von erneuerbaren Kraftstoffen bis 2030 auf 20 Prozent steigen. Derzeit liegt dieser Anteil bei rund fünf Prozent und wird zu 90 Prozent durch Biokraftstoffe gestellt. „Aus dem Klimaschutzplan ergibt sich glasklar, dass neben Effizienz und Elektromobilität bis 2030 massiv erneuerbare Kraftstoffe benötigt werden. Biokraftstoffe sind unverzichtbar, um das deutsche Verkehrsziel zu erreichen und Ausgaben in Milliardenhöhe für die drohende Verfehlung zu vermeiden“, sagte Elmar Baumann, Geschäftsführer beim Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB), der die Studie in Auftrag gegeben hat. „Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, im neuen Klimaschutzgesetz deutlich über die bisherigen, unzureichenden Vorgaben hinauszugehen. Die Möglichkeiten von Biokraftstoffen aus allen nachhaltigen Rohstoffen gilt es voll auszunutzen.“

Nachhaltig produzierte Biokraftstoffe vermindern den Treibhausgasausstoß im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen um 60 bis 90 Prozent. „Biokraftstoffe können zukünftig einen größeren Beitrag leisten, um den Fahrzeugbestand auf Deutschlands Straßen zu dekarbonisieren. Die deutsche Biokraftstoffindustrie ist gut aufgestellt, um diese Aufgabe mit allen Sorten und aus vielen nachhaltig hergestellten Rohstoffen zu erfüllen“, sagte Stefan Schreiber, Präsident des VDB und Director Business Development bei der Verbio AG aus Leipzig. „Um das Potential auszuschöpfen, kann zum Beispiel mehr Biokraftstoff im Straßengüterverkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft genutzt werden.“

Herkömmliche Biokraftstoffe wie Biodiesel aus Rapsöl oder Bioethanol aus Roggen und Zuckerrüben stellen heute den größten Teil der Biokraftstoffe im deutschen Markt, gefolgt von Biodiesel aus Altspesiefett, einem Reststoff. Sie werden zukünftig ergänzt durch so genannte fortschrittliche Biokraftstoffe aus Stroh, Resten von Maiskolben oder Restholz, die bisher noch nicht nennenswert im Markt vertreten sind. Sie müssen nach europäischen Vorgaben bis zum Jahr 2030 einen Anteil von mindestens 1,75 Prozent der im Verkehr eingesetzten Energie erreichen.

Tel. +49(0)30.72 62 59 54
Mob. +49 (0) 171.937 65 86
Fax. +49(0)30.72 62 59 19
bruehning@biokraftstoffverband.de



[Agrar-PR](#)

Postfach 131003 70068 Stuttgart Deutschland

Telefon: +49 0711 63379810

E-Mail: redaktion@agrar-presseportal.de Web: www.agrar-presseportal.de >>> [Pressefach](#)